

Peter Zudeick

HERAUSGEBER

Das alles und
noch viel mehr
würden wir
machen, wenn
wir Kanzler
von Deutsch-
land wär'n

MEDIENPOLITIK

LEGALISIERUNG
VON DROGEN

FRAUENQUOTE/
GLEICHSTELLUNG

FINANZTRANS-
AKTIONSSTEUER

BILDUNGSPOLITIK

ALTERSARMUT

GRUNDRENTE

HARTZ IV
ERHÖHUNG
DER REGELSÄTZE

ENERGIEWENDE

MINDESTLOHN

UNTERNEHMENS-
STRAFRECHT

REICHENSTEUER

INTEGRATIONS-
POLITIK

NATURSCHUTZ

TRENNUNG KIRCHE
UND STAAT

AUSLANDEINSÄTZE
MILITÄRPOLITIK

STÄRKUNG DES
PARLAMENTS

LOBBYISMUS
BESCHRÄNKEN

EUROBONDS

BERUFLICHE
BILDUNG

GESUNDHEITSREFORM

Act Now!

WESTEND

Peter Zudeick (Hg.)

**Das alles und noch viel mehr
würden wir machen,
wenn wir Kanzler
von Deutschland wär'n**

Peter Zudeick arbeitet als freier Journalist für fast alle ARD-Rundfunkanstalten. Seine scharfen politischen Analysen, aber auch seine satirischen Rückblicke haben ihn einem größeren Publikum bekannt gemacht. Vom promovierten Philosophen Zudeick erschienen im Westend Verlag »Tschüss, ihr da oben« und »Ich bejahe diese Frage mit Ja«.

W E S T E N D

Inhalt

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN 978-3-86489-033-8
© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2013
Satz: Publikations Atelier, Dreieich
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany

Peter Zudeick Ohne Vorbehalt	9
Bettina Gaus So nicht! Gegen die weitere Militarisierung der Außenpolitik	13
Ulrich Schneider Mindestens das Mindeste	19
Christoph Butterwegge Alternativen zur Altersarmut	27
Wolfgang Nešković Für eine Änderung des Grundgesetzes: drei Worte und zwei Absätze	33
Stefan Reinecke Neue Regeln für Lobbyisten	41
Hanjo Seibler Religion ist Privatsache!	50
Claus-Peter Lieckfeld Wenn die Krume geht, bleiben Krümel	57

Klaus Gietinger			Tom Schimmeck		
Entschleunigung – Der Weg aus der Kfz-Katastrophe	64		Den freien Fall der Löhne stoppen	144	
Jürgen Döschner			Ulrike Herrmann		
Für eine radikale Energie-Agenda	72		Europa braucht Eurobonds	152	
Sven Plöger			Sahra Wagenknecht		
Klimapolitik: Weniger reden, entschlossener handeln	80		Ein erster Schritt – die Finanztransaktionssteuer	158	
Rudolf L. Schreiber			Wolfgang Hetzer		
Nachhaltiges Deutschland – Visionspolitik für die Welt	88		Die Deutsche Bank und andere Verdächtige: Plädoyer für ein Unternehmensstrafrecht	165	
Mathias Bröckers			Jens Berger		
Drogen legalisieren – und zwar subito	96		Steuern erhöhen statt Ausgaben kürzen	181	
Ines Pohl			Brigitte Baetz		
Unheimliches Selbstbewusstsein	103		Medien: Vielfalt statt Kahlschlag	190	
Wolfgang Lieb			Peter Zudeick		
Wir leisten uns weniger, als wir leisten könnten	109		Unter Vorbehalt	197	
Katrin Rönicke			Anmerkungen	198	
Starke Kitas – starke Familien	115		Über die Autorinnen und Autoren	203	
Werner Seidel					
Berufsausbildung: Im Prinzip gut, in der Praxis verbesserungswürdig	123				
Claudia Roth					
Für eine Politik der Inklusion	131				
Ulrike Winkelmann					
Gesundheit für alle von allen bezahlen lassen	137				

Peter Zudeick

Ohne Vorbehalt

Politik steht grundsätzlich unter Vorbehalt. Parteipolitik sowieso, Regierungspolitik geradezu zwangsläufig. Wenn politische Parteien wahlkämpfen, dann versprechen sie, dass alles besser wird. Irgendwie. Was sie selten dazusagen: Ihre Versprechen gelten immer nur »vorbehaltlich«. Zum Beispiel unter dem Vorbehalt, dass in einer künftigen Regierung der Koalitionspartner mitmacht. Franz Müntefering hat dazu den entscheidenden Satz geprägt: »Wir werden als Koalition von manchen gemessen an dem, was in Wahlkämpfen gesagt worden ist. Das ist unfair.« Genauso unfair fand Müntefering das Gelächter der Journalisten über diese bemerkenswerte Einsicht. Das war im Jahr 2006, als in der großen Koalition allerlei Wahlversprechen von SPD und Union den Bach runtergegangen waren. Was einfach daran liegt, dass eben alle Wahlversprechen nur unter Vorbehalt gelten, unter dem Generalvorbehalt: Wenn's funktioniert. Es funktioniert halt meistens nicht. Weil der Koalitionspartner nicht will, weil kein Geld da ist, weil die Zeit nicht reif ist und überhaupt.

Helmut Schmidt versprach im Bundestagswahlkampf 1976 sichere Renten und wollte nach der Wahl die nächste Rentenanpassung verschieben und absenken. Dazu kam es freilich nicht, weil die SPD-Fraktion den Coup verhinderte. Den Vorwurf »Rentenlüge« hatte Schmidt trotzdem am Hals. Wie viele Jahre später Norbert Blüm, der im Wahljahr 1994

mit dem Slogan »Die Rente ist sicher« durch die Lande zog. Irgendwie kam dann alles ganz anders.

Vier Jahre vorher hatte Helmut Kohl den Wählern »blühende Landschaften« im Osten versprochen. In drei, vier Jahren.

Nicht mal eben so dahergesagt, sondern zig-fach wiederholt. Möglicherweise nicht einmal in böser Absicht. Norbert Blüm hat 1994 an die sichere Rente geglaubt wie Helmut Kohl 1990 an die blühenden Landschaften. Die glauben da heute noch dran. Kohl hat vielleicht sogar daran geglaubt, dass die deutsche Einheit »aus der Portokasse« zu finanzieren sei. Das hat er nämlich den Westdeutschen versprochen. Ebenfalls 1990, im Wahlkampf der »blühenden Landschaften«. Das ging als »Steuerlüge« in die politische Geschichte ein. Und es war die ansonsten höchst kohlfreundliche *Bild*-Zeitung, die Kohl auf der Titelseite flachlegte. Als Umfaller, weil er 1991 dann doch die Steuern erhöhte. Immerhin holte die Union mit »blühenden Landschaften« und »Steuerlüge« 43,8 Prozent der Stimmen. Das war die Sache wohl wert.

Nur: Irgendwie können sie nie so richtig was dafür, die Damen und Herren Politiker, weil eben alles, was sie sagen und tun, unter Vorbehalt steht. Am allerliebsten unter Finanzierungsvorbehalt. Jedes Gesetz, dessen Durchführung etwas kostet, steht unter Finanzierungsvorbehalt. Wie Politik insgesamt. Die FDP ist in der schwarz-gelben Koalition vor allem deshalb so grandios gescheitert, weil ihr einzig relevantes Wahlversprechen, nämlich eine spürbare Steuersenkung, das Vorbehaltsschicksal erlitt. Die CDU ließ sich zwar breitschlagen, Steuersenkungen in den Koalitionsvertrag aufzunehmen. Aber auf Druck von Wolfgang Schäuble nur unter Finanzierungsvorbehalt. Damit hat er die Blau-Gelben eine Legislaturperiode lang am Nasenring durch die Regierungsmenege gezogen.

Will sagen: Was Politiker im Wahlkampf versprechen, was sie sich vornehmen, ist selbstredend nicht ernst zu nehmen. Das tun die Bundesbürger in ihrer großen Mehrheit übrigens auch nicht. Müntefering hat recht: Man darf Politiker nur an dem messen, was sie tatsächlich können, nicht an dem, was sie sich wünschen oder uns versprechen. So erspart man sich Enttäuschungen und vor allen Dingen die Aufregung über das, was in Wahlkampfzeiten mal wieder so alles versprochen wird.

Wobei ja ohnehin eher das andere vorherrscht: ein allgemeines Larifari statt konkreter Aussagen, an denen man Politik messen könnte, ein weichgespültes Wenn und Aber und Hättekönntedürftemüsste, ein grauschleieriges Nichts, ein Gaukeln im Ungefähren – alles wie in Watte gebissen. Weil die Sprache des Vorbehalts gilt, wird nur noch rumgeeiert. Und das nicht nur sprachlich, sondern auch gedanklich. Der Vorbehalt ist in die Köpfe eingewachsen wie ein Nagel in den Zeh. Ins politische Handeln sowieso.

Wir Bürger haben mit dem Ritual des grundsätzlichen Vorbehalts nichts am Hut. Wir können sagen: So geht's, und zwar subito, kommt mir nicht mit Vorbehalten und Ausflüchten, macht Politik so, wie ich das will. Mal ganz apodiktisch, mal eher abwägend, mal mehr, mal weniger radikal. Auf die Politikerantwort »Das kann man so nicht machen« antworten wir mit der Frage: »Warum nicht, zum Teufel?« Auf den Einwand »Das kann man nicht finanzieren« antworten wir höchst ungnädig: »Hört auf mit der permanenten Verschwendung öffentlicher Gelder.« Wer ohne Vorbehalt denkt und argumentiert, geht den Dingen auf den Grund, stellt Fragen ohne Vor- und Rücksichten, ohne hundert Fußnoten im Kopf. Das wollten wir mit diesem Buch einmal versuchen: Gleichsam »politisch naiv« den Berufspolitikern sagen, wo's langgehen soll auf den politischen Feldern, die wir für zentral halten.

Natürlich haben wir nicht alle Politikbereiche abgedeckt. Wie in jedem Buch, so fehlt auch hier mehr, als drinsteht. Aber wir wollten die Beliebigkeit vermeiden, die politische Programme üblicherweise »auszeichnet«, zugunsten von dem, was wir für exemplarisch halten. Deshalb das schöne geklaute, ausgeliehene Motto: »Das alles und noch viel mehr würden wir machen, wenn wir König von Deutschland wär'n«.

Bettina Gaus

So nicht! Gegen die weitere Militarisierung der Außenpolitik

Wenn aus Umfragen verschiedener Institute hervorgeht, dass eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung bei einem bestimmten Thema die »ganze Richtung« konstant für falsch hält, dann steht eine Regierung das selten lange durch – ob es sich nun um die Frage des Mindestlohns, um Familienpolitik oder um die Veröffentlichung von Nebeneinkünften der Abgeordneten handelt. Ausnahme: die Sicherheitspolitik.

Seit Jahren glauben bis zu 75 Prozent der Deutschen nicht mehr an einen Erfolg der ausländischen Militärintervention in Afghanistan, fast ebenso viele lehnen den Export von Rüstungsgütern ab. Aber aus dem Gegensatz zwischen staatlichem Handeln und Mehrheitsmeinung entsteht derzeit keine Dynamik.

Die Friedensbewegung hat jeden Einfluss verloren, es gibt keine Kraft mehr, die stark genug wäre, um in diesem Bereich eine Diskussion über Alternativen zum derzeitigen Kurs zu erzwingen.

Nicht einmal die Linkspartei, die einzige prinzipiell militärkritische Fraktion im Bundestag, schafft das heute noch – möglicherweise deshalb, weil sie seit Jahren auf alle neuen Fragen die stets gleichen Antworten gibt. Dahinter steht die Sorge, ihre Stammwählerschaft könne der Partei andernfalls eine ähnlich opportunistische Haltung unterstellen, wie sie die Grünen 1998 nach der Regierungsbeteiligung im Bund eingenommen haben.

Eine verständliche Furcht, die allerdings zu Erstarrung geführt hat. Vorhersehbare Positionen sind ungeeignet, eine lebendige Diskussion in Gang zu setzen.

Ohne öffentlichen Druck fiel es jedoch jeder neuen Regierung schwer, einen Kurswechsel einzuleiten. Nur das pragmatische Hilfsargument der öffentlichen Meinung ist erfahrungsgemäß ein probates Mittel, um dem erwartbaren Widerstand internationaler Verbündeter oder der Wirtschaft zu begegnen. Die erste Frage im Zusammenhang mit Sicherheitspolitik nach einer gewonnenen Wahl muss deshalb lauten: Warum gibt es keine breite Debatte mehr darüber – und wie lässt sich das ändern?

Auf den ersten Blick wirkt es wie ein seltsamer Widerspruch, dass ausgerechnet die Grundsätze der Militärpolitik nicht mehr Gegenstand öffentlicher Kontroversen sind, hat doch kaum ein anderes Thema seit Gründung der Bundesrepublik die Öffentlichkeit so sehr polarisiert wie dieses. Wiederbewaffnung, NATO-Beitritt, Nachrüstung und die ersten Auslandseinsätze der Bundeswehr: Über alles wurde erbittert gestritten, stets entlang der damals noch klar definierten Linien der politischen Lager. Die Sachkenntnis war hoch, auch in großen Teilen der Bevölkerung, die sich nicht beruflich mit Politik beschäftigten. Heute klingt all das, als läge es nicht nur einige Jahre zurück, sondern stamme aus einer fernen, fast vergessenen Zeit.

Eingesetzt hat der Wandel mit dem Ende der bipolaren Welt. Der gewaltfreie Zerfall der Sowjetunion, den vor 1989 nur wenige Fachleute für möglich gehalten hatten, führte in den NATO-Staaten zunächst zu einer hochmütigen Fehleinschätzung der Möglichkeit, Diplomatie durch militärischen Zwang zu ersetzen.

Das beste Beispiel dafür ist der gescheiterte Einsatz in Somalia zu Beginn der 1990er Jahre. Die naive Überzeugung, eine komplizierte Gemengelage ließe sich durch überlegene

Waffengewalt von außen regeln, wurde damals binnen weniger Monate widerlegt. In der Folgezeit wiederholte sich regelmäßig die Erfahrung, dass die schnelle Eroberung einer Hauptstadt nicht gleichbedeutend ist mit der Kontrolle über ein Land: in Afghanistan, im Irak, in jüngerer Zeit in Libyen.

Aus dieser Erfahrung scheint nichts gelernt worden zu sein. Warum nicht? Offenbar wirken verschiedene Faktoren zusammen. Der Einsatz in Somalia hatte ein Mandat der Vereinten Nationen. Versagt hat in dem ostafrikanischen Land nicht nur die führende Militärmacht USA, sondern auch die UNO. Das schwächte die Position derjenigen, die der Ansicht waren, lediglich eine weltweite Legitimierung jeder Intervention könne erfolgreich friedensstiftend wirken.

Der völkerrechtswidrige Kosovo-Krieg, der ohne UN-Mandat geführt wurde, gilt bis heute als geglückte Mission – obwohl es gute Gründe gäbe, dieser Analyse zu widersprechen. Schwer bestreiten lässt sich allerdings, dass der Angriff auf das ehemalige Jugoslawien erfolgreicher war als die Operation in Somalia; zumindest herrscht dort inzwischen kein offener Krieg mehr. Das und die Tatsache, dass ausgerechnet eine rot-grüne Bundesregierung einer Beteiligung an diesem Einsatz zugestimmt hat – also das Lager, das ursprünglich mit dem behaupteten Ziel angetreten war, sich einer Militarisierung der Außenpolitik entgegenstemmen zu wollen – haben zu einer tiefen Verunsicherung der ursprünglich militärkritischen Teile der Bevölkerung geführt.

Hinzu kam schließlich der Schock über die terroristischen Attentate vom 11. September 2001 auf Ziele in den USA. Und die Ratlosigkeit hinsichtlich dessen, wie auf derartige Anschläge reagiert werden kann und soll.

All das führte dazu, dass eine einst zumindest im Hinblick auf Grundsatzfragen einige Bewegung heute zersplittert ist – und sich offenbar mehrheitlich lieber in einen resignierten,

verbitterten Privatraum zurückzieht, als für gemeinsame Ziele zu streiten.

Besonders deutlich wird das beim Thema Rüstungsexporte. Theoretisch dürfen nach wie vor keine Waffen in Spannungsgebiete geliefert werden. Und auch nicht an Staaten, in denen Menschenrechte missachtet werden. Deutschland verkauft Waffen an Pakistan, in den Irak, nach Saudi-Arabien. Wenn in diesen Ländern keine Gefahr des Missbrauchs der erworbenen Güter besteht – wo dann?

Nach den USA und Russland ist Deutschland inzwischen der weltweit drittgrößte Waffenexporteur. Das Volumen der Rüstungsexporte hat sich zwischen 2005 und 2009 verdoppelt, allerdings muss gerechtigkeitshalber gesagt werden: Die heute in dieser Hinsicht überaus kritische rot-grüne Opposition hat ebenfalls Waffen in großer Zahl in Krisengebiete geliefert. Auch in Länder, in denen die Gefahr bestand und besteht, dass diese Waffen eingesetzt werden, um demokratische Protestbewegungen zu unterdrücken.

Der Bundestag wird bei derlei Entscheidungen nicht befasst. Der Bundessicherheitsrat – ein in der Verfassung nicht verankerter Kabinettsausschuss – entscheidet. Kein Wunder, dass die Bevölkerung das Gefühl hat, nicht mitreden zu können. Wenn nicht einmal das Parlament ein Mitspracherecht hat, mehr noch: wenn es nicht einmal informiert werden muss – welche Chance auf Gehör haben dann Bürgerinnen und Bürger ohne offizielle Funktion?

Keine. Als Folge dessen nimmt die Öffentlichkeit, die einst besonders sensibel auf Veränderungen militärpolitischer Richtlinien reagierte, inzwischen selbst dramatische Neuerungen achselzuckend hin. Sogar solche, die früher allenfalls als polemische Zuspitzungen einer als radikal geltenden Minderheit betrachtet wurden.

Beispiel: Das Weißbuch der Bundeswehr aus dem Jahr 2006. Darin wurde festgeschrieben, dass die Aufgabe der

Streitkräfte auch die Sicherung wirtschaftlicher Interessen umfasst. »Blut für Öl«: Was früher als unsachlicher Angriff bezeichnet werden konnte, ist heute keine Parole mehr. Sondern Bestandteil der offiziellen Politik.

Bloß reden darf man darüber offenbar nicht. Als der damalige Bundespräsident Horst Köhler im Mai 2010 diese Aspekte der deutschen Sicherheitspolitik in einem Hörfunkinterview beleuchtete – und zwar keineswegs kritisch, sondern sachlich referierend –, da stieß er auf wütenden Protest. Seine Äußerungen wurden als »brandgefährlich« und als »extreme Position« bezeichnet, der Berliner Verfassungsrechtler Ulrich Preuß meinte, es handele sich um eine »durch das Grundgesetz schwerlich gedeckte Erweiterung der zulässigen Gründe für einen Bundeswehreinsatz«.

Man versteht, dass der Bundespräsident, der wenige Tage später zurücktrat, angesichts der Kritik nicht wusste, wie ihm geschah. Schließlich hatte er nichts anderes getan, als die offizielle Linie der deutschen Sicherheitspolitik zusammenzufassen – die übrigens mit der NATO-Doktrin übereinstimmt. Der Europäische Rat hatte bereits 2003 in seiner Europäischen Sicherheitsstrategie erklärt, die Energieabhängigkeit Europas gebe in besonderem Maße Anlass zur Besorgnis.

Angesichts der Verflechtungen zwischen Bündnispartnern – die ja durchaus auch in friedenspolitischer Hinsicht erfreuliche Konsequenzen nach sich ziehen – und angesichts der Tatsache, dass Europa im wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereich mittlerweile eng verzahnt ist, kann es nicht einmal mehr in Fragen der Militärpolitik darum gehen, sich im nationalen Alleingang von all dem zu entfernen, worauf sich die Europäer inzwischen mehrheitlich verständigt haben.

Wenn man sich also von Europa nicht verabschieden möchte, aber dennoch den Weg zur Militarisierung der Außenpolitik nicht weiter beschreiten will, dann muss eine

neue Regierung sich darauf beschränken, jene Weichen auf nationaler Ebene zu stellen, die nach wie vor auf dieser Ebene gestellt werden können. Das sind nicht mehr so sehr viele. Aber es gibt sie, immerhin.

Zum Beispiel: Im Hinblick auf Rüstungsexporte muss endlich Transparenz geschaffen werden – das entscheidende Gremium darf künftig nicht mehr der Bundessicherheitsrat, sondern muss das gewählte Parlament sein. Das Weißbuch der Bundeswehr gehört auf den Prüfstand, auch und gerade im Hinblick darauf, dass laut Verfassung der einzige Auftrag der Streitkräfte in der Verteidigung besteht.

Eine Debatte über all das würde nicht alle juristischen und gesellschaftlichen Probleme im Zusammenhang mit Militärpolitik lösen können. Eine solche Diskussion wäre jedoch immerhin ein Anfang auf dem Weg der Abkehr von der Militarisierung der Außenpolitik. Zugegeben: ein bescheidender Anfang. Aber es wäre besser als nichts.